

EU-Wahlen – Eine Schicksalsentscheidung



Nie waren die Wahlen zum Europäischen Parlament so schicksalsträchtig wie jetzt. Populistische, Europa-kritische Parteien reden die enormen Errungenschaften der EU schlecht.

Gleichzeitig gibt es negative Entwicklungen in Europa, die eine Neuausrichtung der EU erfordern.

ERRUNGENSCHAFTEN DER EU

Vieles, was wir im alltäglichen Leben schätzen, verdanken wir einem vereinten Europa.

70 Jahre Frieden: Die EU hat wesentlich zur Versöhnung und zum Frieden zwischen den Völkern Europas beigetragen.

Einheitliche Währung: 340 Million Europäer in 19 Ländern haben eine gemeinsame Währung.

Bewegungsfreiheit: Innerhalb der 24 Staaten des Schengenraums können Personen ohne Grenzkontrollen reisen.

Ein gemeinsamer Binnenmarkt von Waren, Dienstleistungen, Arbeitskräften und Kapital macht Europa zur größten Freihandelszone der Welt.

Wachsender Wohlstand: Trotz immer noch großer Ungleichheit zwischen und innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten, ist der Wohlstand stark gestiegen.

Gemeinsame Standards: In vielen Bereichen erleichtern einheitliche Standards die wirtschaftliche Entwicklung und das tägliche Leben.

Förderung: Mit einem Drittel des Budgets unterstützt die EU ärmere und vom Strukturwandel betroffene Regionen und zahllose kommunale Projekte.

Landwirtschaftspolitik: 40% des EU-Haushalts fließen in Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, um die Existenz der Bauern und die Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Andere Aspekte sind stark umstritten und reformbedürftig.

Verbraucherschutz: Die EU hat viel getan, um die Rechte von Verbrauchern zu schützen und den Missbrauch von Monopolen zu verhindern.

Menschenrechte: Die EU hat viel dazu beitragen, die Menschenrechte in den Mitgliedsstaaten zu stärken, obwohl eine konsequente Umsetzung noch viel zu wünschen lässt.

Umwelt: Auch wenn sie nicht immer eingehalten werden, haben EU-Regelungen viel zu besserem Klimaschutz und Umweltstandards beigetragen.

PARTEIPROGRAMME

Im Europäischen Parlament (EP) sind die nationalen Parteien je nach ihrer politischen Richtung in mehreren Parteigruppen organisiert.

Als Teil des europäischen Netzwerks Africa-Faith and Justice Network (AEFJN) interessiert sich NAD besonders für die Positionen der Parteien zu europäischer Entwicklungs- und Handelspolitik, die Afrika betreffen. Viele Parteien sagen dazu wenig konkretes, bleiben eher vage und sehen EZ im Kontext der Bekämpfung von Fluchtursachen. Hier einige Positionen der Parteien in Stichworten:

CDU/CSU (EVP) wünscht sich eine Entwicklungszusammenarbeit (EZ) auf Augenhöhe und setzt auf die Umsetzung des Marshallplans für Afrika und private Investitionen und faire Handelsabkommen.

SPD (SPE) setzt sich ein für eine faire, Agrar- und Fischereipolitik, für eine soziale, ökologische und transparente Gestaltung des Welthandels. Sie will das alte 0,7% Ziel für die EZ endlich umsetzen.

GRÜNE (EGP) macht in ihrem sehr umfangreichen und detaillierten Programm viele konkrete Vorschläge für eine „ökologische und gerechte Handelspolitik“ und fordert eine ökologische Agrarwende, eine Partnerschaft auf Augenhöhe mit Afrika und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung durch sozialökologische Investitionen

FDP (ALDE) will eine kohärente Entwicklungszusammenarbeit im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele mit Fokus auf Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und soziale Marktwirtschaft.

DIE LINKE (EL) fordert eine Neuausrichtung der EZ, würde bestehende Handelsabkommen ersetzen und die Verantwortung für Handel dem EU Parlament übertragen.

AfD (ENF) würde Entwicklungspolitik wieder auf die nationale Ebene der Mitgliedsstaaten reduzieren, begünstigt die Öffnung der EU-Märkte für Güter und Dienstleistungen der Entwicklungsländer und ein Ende der Ausfuhr von subventionierten Produkten.

BEDEUTUNG DER EUROPAWAHLN 2019

Die Gefahr besteht, dass anti-europäische Kräfte so stark werden, dass sie die Arbeit des EP behindern und zuweilen blockieren. Deshalb es ist notwendig alle demokratischen Kräfte zu mobilisieren.

Eine Zusammenarbeit in Europa ist wichtig für unsere Zukunft. Wir dürfen Europa nicht denen überlassen, die es zerstören wollen... Die Europawahl am 26. Mai 2019 ist eine Schicksalswahl. Wir alle müssen Verantwortung übernehmen und gemeinsam entscheiden, in welchem Europa wir leben wollen.

Diözesanrat, Bistum Limburg